Alles, was Recht ist

Einsicht gewähren

Wenn ein Patient seine Krankenakten einsehen oder gegen Kostenerstattung eine Kopie davon haben möchte, so ist der Arzt oder Zahnarzt dazu verpflichtet, alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Dies hat das Amtsgericht München jüngst entschieden. Dem Urteil zugrunde liegt ein Fall, in dem eine Patientin mit der Behandlung durch ihre Zahnärztin nicht einverstanden war. Um die Sache zu prüfen, hatte die Patientin ihre Krankenkasse eingeschaltet und die Zahnärztin von der Schweigepflicht entbunden. Die Kasse forderte die Unterlagen an, die Zahnärztin reagierte zunächst nicht und legte erst, nachdem die Kasse Klage eingereicht hatte, einen Teil der Unterlagen vor. Die Zahnärztin machte ein Zurückbehaltungsrecht an den Unterlagen geltend, da die Rechnung für die Behandlung noch nicht bezahlt sei. Darauf komme es nicht an, urteilten die Münchener Richter. Auch wenn die Rechnung noch offen ist, darf der Arzt keine Behandlungsunterlagen zurückhalten. Das Gericht führte zudem aus, dass jeder Patient Anspruch auf Einsicht in die Behandlungsunterlagen habe – und zwar ohne, dass er dafür ein besonderes Interesse darlegen müsse. Dieser Anspruch sei in diesem Fall auf die Versicherung übergegangen, wegen eines möglicherweise bestehenden Anspruchs auf Schadensersatz aufgrund fehlerhafter zahnärztlicher Behandlung.

Az. 243 C 18009/14

sas

Verhältnismäßigkeit wahren

Ärzte, Rechtsanwälte und Apotheker dürfen zusammenarbeiten und auch Partnerschaftsgesellschaften gründen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass das sogenannte Sozietätsverbot, das in der Bundesrechtsanwaltsordnung verankert ist, verfassungswidrig und nichtig ist, sofern es Rechtsanwälten verbietet, sich mit Ärzten und Apothekern zur gemeinschaftlichen Berufsausübung zu verbinden. Dies sei ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Berufsfreiheit. Im Vergleich zu erlaubten Sozietäten von Rechtsanwälten mit Patentanwälten, Wirtschaftsprüfern oder Steuerberatern berge die interprofessionelle Zusammenarbeit mit Ärzten oder Apothekern keine so wesentlichen Risiken, dass eine unterschiedliche Behandlung gerechtfertigt sei. Die beiden Antragsteller des Ausgangsverfahrens waren ein Rechtsanwalt sowie eine Ärztin und Apothekerin. Amtsgericht und Oberlandesgericht hatten den Antrag zur Gründung einer Partnergesellschaft als nicht rechtmäßig abgelehnt. Der Bundesgerichtshof setzte die Entscheidung aus und verwies ans Bundesverfassungsgericht, dass prüfen musste, ob verfassungsmäßige Grundrechte durch das spezielle Sozietätsverbot eingeschränkt werden und ob dieser Einschränkung verfassungsgemäß höher anzusiedelndes Recht entgegensteht. Im vorliegenden Fall ging es um Artikel 12 des Grundgesetzes, der die freie Berufsausübung schützt. Eine Regelung, die dieses Grundrecht einschränkt, muss verhältnismäßig sein. Diese Verhältnismäßigkeit sahen die Verfassungsrichter im vorliegenden Fall nicht gegeben. Die Berufsausübung in einer Partnerschaftsgesellschaft befreit den jeweiligen Berufsträger allerdings nicht von seinen berufsrechtlichen Pflichten.

Az. 1 BvL 6/13

sas

Hier steht eine Anzeige.